Landbote

Zürcher Regionalzeitungen





Eine Schule für Fussballtalente

Seuzach Ex-Nati-Spielerin Janine Levitt eröffnet die Champion Academy. **Seite 9**

Ensemble La Partita kommt mit J. S. Bach

Rheinau Der Konzertstart in der Klosterkirche soll besonders festlich klingen. Seite 9

Blick in die Zukunft

Winterthur Ein Kollektiv von Künstlern erprobt alternative Lebensformen. **Seite 5**



iPads für alle Sekundarschulen

Winterthur Nach den Sommerferien erhalten alle Sekundarschülerinnen und -schüler ein persönliches Tablet, das sie bis Ende der Schulzeit nutzen können. Dieses soll in jedem Fach eingesetzt werden, wie die Stadt mitteilte. Dabei soll es weder Bücher noch anschaulichen Unterricht ersetzen, aber ergänzend gebraucht werden. Durch die stärkere Einbindung der digitalen Medien könne ein moderner Unterricht gemäss den Anforderungen des Lehrplans 21 gewährleistet werden. Zudem habe der Fernunterricht gezeigt, dass eine flächendeckende Ausrüstung die Chancengleichheit in der Bildung fördere. (ea)

ZHAW-Prüfungen: Pannen ohne Ende

Winterthur Seit gut zwei Jahren ist bei den Prüfungen an der ZHAW der Wurm drin. Von den neusten technischen Problemen bei den Semesterexamen Ende Juni waren mehr als 150 Studentinnen und Studenten betroffen. Eine umstrittene Überwachungssoftware, die die Studierenden vom Mogeln abhalten soll, könnte für die Panne verantwortlich sein. (pag) Seite 3

Ärger wegen Schafglocken

Elgg Ein anonymer Brief erregt derzeit die Gemüter der Mitglieder der Elgger Facebook-Gruppe. Jemand fordert einen Schäfer auf, die Glocken seiner Schafe während der Nacht abzunehmen oder zu dämmen, das sei Lärmbelästigung. In der Gruppe ist man sich aber einig: Glocken gehören zum Leben auf dem Land dazu, und viele freuen sich sogar darüber. (nid)

Wetter



Seite 14

Bis am Abend Schauer und Gewitter.

Was Sie wo finden

TV/Radio	12
Agenda	13
Rätsel	14
Börse	20
Wissen	22
Sport	24
Traueranzeigen	18
Eulach-/Fahrzeugmarkt	6
Veranstaltungen	6



Winterthur bekommt eigenes Plastiksammelsystem

Winterthur Der Grosse Gemeinderat will, dass Plastikabfälle künftig stadtweit gesammelt und rezykliert werden. Eine links-grüne Mehrheit setzte sich knapp durch.

Till Hirsekorn

Nun ist das Baudepartement am Zug: Nachdem der Grosse Gemeinderat gestern eine entsprechende Motion mit 30 zu 27 Stimmen überwiesen hat, muss Baustadträtin Christa Meier (SP) nun aufzeigen, wie stadtweit Plastikabfälle von Haushalten und Gewerbe fürs Recycling gesammelt werden können. Der Vorstoss lässt Spielraum. Möglich wäre auch, private Anbieter einzuspannen, etwa Maag Recycling oder Sammelsack.ch.

Der Stadtrat, so Meier, bleibe allerdings skeptisch: «Es ist viel zu viel Plastik im Umlauf, das ist unbestritten.» Aber es stelle sich die Frage, ob Recycling die richtige Antwort sei, um das Problem zu lösen. Die Befürworter um Motionär Daniel Altenbach (SP) betonten, es brauche jeden Schritt, um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem technologischen Fortschritt und der nötigen Sensibilisierung der Konsumenten liesse sich mit Plastikrecycling zweifellos CO₂ einsparen. Das strenge Gütesiegel, an dem sich die Stadt orientieren müsste,

würde dies garantieren. Wie effektiv Plastikrecycling ist, bleibt allerdings umstritten.

Verbrennen ökologischer?

Darauf verwies die Ratsrechte um Mitte, FDP und SVP in der Debatte wiederholt. Das System, gemischtes Plastik zu verbrennen und damit Wärme zu erzeugen, habe sich bewährt. **Seite 3**

Kein Glück im Restaurant Löwen

Elgg Die Gemeinde Elgg hat kein Glück mit dem Restaurant Löwen. Obwohl das historische Gebäude sehr gut gelegen und bekannt ist, bleibt kaum ein Wirt länger als ein paar Monate im Betrieb. Das jetzige Wirtepaar Papadopoulos übernahm im letzten Herbst die Bar und betreibt seit einigen Monaten einen persischen Take-away. Doch sie liegen bereits im Clinch mit dem Vermieter, Beide Seiten decken sich mit Vorwürfen ein, es ist von fehlendem Geld, Hausfriedensbruch und von Anzeigen die Rede. Die Gemeinde Elgg bestätigt zudem, dass es im Gebäude zu illegalen Abbrucharbeiten gekommen ist. (nid) Seite 8

Mit einem Menschenteppich gegen die Waffenschau: Konfrontation vor der Eulachhalle



Winterthur Vor 40 Jahren behinderten Demonstrierende eine Militärausstellung, indem sie sich vor deren Eingang legten. Obwohl sie vom Sicherheitsdienst mit Wasser bespritzt und geschlagen wurden, setzten sie ihren Protest fort. (red) Seite 7 Foto: Schweizerisches Sozialarchiv

Islamist bleibt auch im Gefängnis aktiv

Frauenfeld Der 2017 vor der damaligen Winterthurer An'Nur-Moschee verhaftete mutmassliche IS-Terrorist Azad M. soll im Kantonalgefängnis Frauenfeld versucht haben, einen Mordauftrag an seiner Ex-Frau rauszuschmuggeln und IS-Propaganda verbreitet haben. Die Bundesanwaltschaft hat deshalb ein neues Verfahren gegen den 53-Jährigen eingeleitet. (red) Seite 15

Vor den Sommerferien droht Test-Engpass

Pandemie Testzentrum in Zürich: keine freien Termine in den Tagen vor Schulferienbeginn am 17. Juli. Drive-in-Zentrum in Dübendorf: ausgebucht. Zudem sind die Apotheken am Anschlag, seit man mit Testzertifikat wieder in die Clubs kommt. «Es gibt viel zu wenig Testkapazitäten. Wir können das gar nicht stemmen», sagt Natalia Blarer, Projektleiterin Testen beim Zürcher Apothe-

kerverband. Sie spricht von einem «Test-Tsunami» und fordert die Reiselustigen, die auf einen Test angewiesen sind, zur Verzichtsplanung auf.

Die Zürcher Gesundheitsdirektion ist weniger alarmiert: «Wir sind zuversichtlich, dass wir gewappnet sind. Eine örtliche Ausdehnung der bestehenden Testorte wird geprüft.» Gleichzeitig kündigten die Zen-

tren in Zürich und Dübendorf an, die Kapazitäten zu erhöhen.

Derweil steigen in der Schweiz die Sars-CoV-2-Infektionen wieder. Epidemiologe Christian Althaus sieht als Gründe die gelockerten Massnahmen, erhöhtes Reiseverhalten, die Delta-Variante und die Fussball-EM. Auch vermehrtes Ferien-Testen oder das Covid-Zertifikat könnten eine Rolle spielen. (pu/fes) Seite 11, 15



Abo-Service 0800 80 84 80, abo@landbote.ch

Der Landbote Dienstag, 6. Juli 2021

Winterthur

Parlament will Plastik recyceln und zwar stadtweit

Konsum Die Stadt muss Plastik künftig flächendeckend sammeln und recyceln lassen. Im Grossen Gemeinderat stritt man sich über Sinn und Unsinn eines solchen Systems.

Till Hirsekorn

Fast triumphierend hielt GLP-Gemeinderat Andreas Gütermann im Rat seinen prall gefüllten Plastiksammelsack in die Höhe. Plastischer hätte man es kaum zeigen können: Plastikabfall, der im Haushalt anfällt, summiert sich. In Winterthur bietet heute erst ein privater Anbieter eine Sammelsack-Option an. Daneben gib es die üblichen PET- und Plastikflaschen-Boxen der Grossverteiler. Nun aber muss der Stadtrat innert sechs Monaten aufzeigen, wie ein flächendeckendes Plastikrecyclingsystem in Winterthur aussehen könnte. So will es der Grosse Gemeinderat. Mit 30 zu 27 Stimmen bei einer Enthaltung hat das Parlament am Montagnachmittag eine entsprechende Motion überwiesen.

Die Geister schieden sich vor allem an einer Frage: Wie effektiv und damit sinnvoll ist Plastikrecycling tatsächlich? Klar, am besten wäre es, auf Plastik zu verzichten, räumte auch Motionär Daniel Altenbach (SP) ein. Gleichzeitig erinnerte er daran, dass weltweit acht Prozent des geförderten Erdöls für die Herstellung von Kunststoff verwendet würden. In der Schweiz sei der Verbrauch bei den Verpackungen aufgrund der hohen Standards sechsmal höher als im EU-Durchschnitt. Würde Plastik granuliert und wiederverwendet, liesse sich sehr viel graue Energie sparen. Die Stadt müsse alles tun, für das Ziel «Netto null CO2 bis 2040». «Plastikrecycling ist ein konkreter Schritt in die richtige Richtung.»

«Klasse statt Masse!»

Während die EVP die Motion punkt in der Klimapolitik –, feuerte die Bürgerliche entschlos-



In Eschlikon TG werden Plastikabfälle heute zu Granulat verarbeitet. Foto: Andrea Zahler

(FDP), sei erst ab einer Quote von 70 Prozent ökologisch. «Davon sind wir noch sehr weit entfernt». Sinnvoll sei, sortenreinen Kunststoff zu rezyklieren und den gemischten zu verbrennen, in der Kehrichtverwertungsanlage Winterthur (KVA) oder in der Industrie. Es brauche «Klasse statt Masse». Die Lösung, wie sie Winterthur heute habe, sei die ökologischste. Davon ist auch Andreas Geering (Mitte) übereher leise ablehnte – da zu offen zeugt. Wiederverwertbares, sorformuliert und kein Schwer- tenreines Plastik aus der Landwirtschaft und Industrie nehme die KVA heute ja keines mehr an. sen dagegen. Plastik gemischt zu Im privaten Bereich sei der CO2sammeln, so Romana Heuberger Spareffekt marginal, wie ein Re-

chenbeispiel von Greenpeace zeige: «Ein Haushalt, der ein Jahr Plastik sammelt, spart so viel CO₂ ein, wie ein Rindsentrecote verursacht.»

«Erdöl bleibt Erdöl»

Dem Hohelied auf die Wärmeerzeugung durch Abfall hielt Reto Diener (Grüne) entgegen, dass diese nicht dem Gedanken eines «echten Kreislaufes» entspreche. Dabei entstehe giftige Schlacke, die man auf grossen Deponien lagern müsse. Und die Herstellung neuer Plastikverpackungen verbrauche 50 Prozent mehr Energie, als wenn man recycle. Selbst dann, wenn man gemischte Abfälle wie Folien zum Sortieren ins nahe Ausland transportieren müsse.

Für ihn und seine Familie, so Andreas Gütermann, stimme die Bilanz bereits heute, auch im Portemonnaie: «Seit wir Plastik mit dem Sammelsack trennen, haben sich unsere Kosten für Ab-

fallgebühren halbiert.» Ahnend, dass der Vorstoss eine Mehrheit findet, wandte sich Heuberger in einem letzten Votum an eine ebenfalls skeptische Baustadträtin. Wenn ein flächendeckendes Recycling, dann bitte nicht eines mit Extratouren von Stadtwerk, sondern mit fixen Einwurfboxen, ähnlich wie beim PET.

Ausländer als Polizisten – eine symbolische Geste

Stadtpolizei Der Grosse Gemeinderat macht einen ersten Schritt hin zu vereidigten Polizistinnen ohne Schweizer Pass.

Nur wer den Schweizer Pass hat, darf in Winterthur als Polizistin arbeiten. Laut dem Personalstatut brauchen Bewerber für Stellen, mit denen «hoheitliche Befugnisse» ausgeübt werden, in der Regel das Schweizer Bürgerrecht. Eine parlamentarische Initiative will das nun ändern und den Passus ersatzlos streichen. Künftig sollen auch Ausländer ins Korps aufgenommen werden. «Die fachliche und persönliche Eignung soll das einzig relevante Kriterium sein», sagt Erstunterzeichner Urs Glättli (GLP).

Die Initiative fand im Rat viel Unterstützung: «Was in Basel-Stadt schon lange möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein», sagte Bea Helbling (SP). Michael Bänninger (EVP) sprach von einer Chance und Bereicherung: «Wir finden es fraglich, bei gewissen Berufen selektiv auf die Farbe des Passes zu schauen.» Auch die Grünen/AL-Fraktion sprach sich für das Anliegen aus. Doch dieses hat einen Haken.

Der Kanton gab Gegensteuer

Der Kantonsrat beschäftigte sich erst vor rund einem Monat mit dem Thema und beschloss das Gegenteil: Wer Polizist werden möchte, braucht im Kanton Zürich weiterhin den Schweizer Pass. Neu wird dies auch explizit so ins Gesetz geschrieben. Der erfolgreiche Vorstoss ist eine «So nicht»-Reaktion auf den Entscheid der Stadt Zürich, die Anforderungen zu lockern. Für Andreas Geering (Die Mitte) ist klar, was dies für die Stadt Winterthur bedeutet: «Ausser Spesen nichts gewesen.» Er sprach von Kosten ohne Mehrwert und sah sich «einmal mehr» in der Rolle, gegen die «Symbolpolitik der Linken» anzureden.

Auch Felix Helg (FDP) betonte, dass das Anliegen wegen des Entscheids des Kantonsrats in Winterthur gar nicht umgesetzt werden könne. Helg brachte aber auch inhaltliche Vorbehalte gegen die Initiative vor. So dürfe das Schweizer Bürgerrecht, we-

Gewalt, sehr wohl vorausgesetzt werden: «Wer in einem Staatswesen hoheitlich handelt, soll diesem auch angehören.»

«Wer sich als Polizist anstellen lassen will, kann dies als Bürger dieses Landes machen», doppelte Markus Reinhard (SVP) nach. Der Schweizer Pass stelle sicher, dass die Aspiranten mit der Rechtsordnung, Mentalität und Sprache des Landes vertraut seien. «Er ist schlicht der Garant

«Die fachliche und persönliche Eignung soll das einzig relevante Kriterium sein.»

GLP-Gemeinderat in Winterthur und Mitglied des Kantonsrats

dafür, dass die Polizei weiterhin das Vertrauen und den Respekt der Bevölkerung geniesst», so Reinhard.

Stadtpräsident Michael Künzle (Die Mitte) gab ein vorsichtiges Bekenntnis zum Anliegen der Initiative ab: «Der Stadtrat ist grundsätzlich für Diversität und Teilhabe. Hier geht es aber noch einen Schritt weiter.» Die «clevere» Lösung der Stadt Zürich könnte er sich auch für Winterthur vorstellen: Demnach können sich Ausländerinnen für die Polizeischule anmelden, müssen aber innerhalb der zweijährigen Ausbildung das Schweizer Bürgerrecht erlangen. Doch auch Künzle stellte klar: «Je nachdem, was der Kanton macht, haben wir gar keine Kompetenzen.» Trotz der verbleibenden «Fragezeichen» kamen deutlich mehr als die 20 nötigen Stimmen zusammen. Es handelt sich dabei um eine vorläufige Unterstützung: Das Geschäft geht in die Kommission, bevor der Gemeinderat gen des Einsatzes von staatlicher darüber abstimmt. (dba)

Technische Probleme bei über 150 Prüfungen an der ZHAW

Weitere Prüfungspanne Eine Überwachungssoftware, welche die Studentinnen und Studenten am Mogeln bei Online-Prüfungen hindern soll, hat möglicherweise zu Abstürzen geführt.

Prüfungen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) scheinen unter einem schlechten Stern zu stehen. In den letzten Jahren haben sich Pleiten, Pech und Pannen regelrecht gehäuft. Angefangen mit dem Dozenten, der im Sommer 2019 sämtliche Matheprüfungen einer Klasse im Zug hat liegen lassen. Im Januar letzten Jahres dann wurden Prüfungsfragen versehentlich auf eine Studentenplattform hochgeladen. Wenig später beendete das Online-Prüfungssystem bei 36 Studentinnen und Studenten die Prüfung vor Ablauf der Zeitlimite. Dann wiederum ging ein Link zur Prüfung verfrüht online.

Damit nicht genug: Diesen März wurde für zwei Module von Studierenden am Wirtschaftsde-

letzten Jahr wiederverwendet. Der bisher neuste Patzer erfolgte am Freitag vor einer Woche, wie die NZZ in der Ausgabe vom Montag schreibt.

Verzögert geladen oder vorübergehend abgemeldet

Demnach hatten zahlreiche Studentinnen und Studenten mit technischen Problemen zu kämpfen. 153 Meldungen von Studierenden der Departemente School of Management and Law in Winterthur und Angewandte Psychologie in Zürich sind eingegangen. Betroffen war damit etwa jeder Fünfte, der an diesem Tag eine Prüfung ablegen musste. Konkret sei es zu Ladeverzögerungen gekommen, oder die Studenten seien vorüberge-

partement eine Prüfung aus dem hend aus dem Prüfungssystem abgemeldet worden. Die Prüfung konnten sie erst nach einem Unterbruch fortsetzen.

> Die ZHAW will die Sache nun sorgfältig analysieren und den betroffenen Studentinnen und Studenten je nach Fall eine Kompensation gewähren, etwa in Form einer Punktegutschrift, wie die NZZ schreibt. Damit hat man ja aufgrund früherer Pannen bereits Erfahrungen gesammelt.

> Im Zusammenhang mit dem neusten Vorfall kann die ZHAW laut eigenen Angaben ausschliessen, dass ein Server überlastet wurde. Im Fokus steht offenbar die Überwachungssoftware Proctorio. Sie wird eingesetzt, um zu verhindern, dass die Studierenden in der Online-Prüfung schummeln. Die Software misst



Die ZHAW School of Management and Law. Foto: Marc Dahinden

während der Prüfung die Kopfund Augenbewegungen der Studierenden. Zeigt sich dabei ein Verhalten, das möglicherweise auffällig ist, wird dies von den verwendeten Algorithmen markiert. Das Programm zeichnet zudem den Ton- und den Netzwerkverkehr auf.

Dass die ZHAW die Überwachungssoftware überhaupt ver-

wendet, hat mit der Rekordflut zwar Gespräche stattgefunden, von 148 Disziplinarverfahren nach den Fernprüfungen vom letzten Sommer zu tun. Bei den Studierenden sorgte die Massnahme für Aufruhr und eine Onlinepetition. Kritisch äusserte sich die politisch linksgerichtete Gruppe «kriPo» (kritische Politik Zürich), und Kantonsrätin Lea Columberg (SP, Uster) reichte eine Anfrage ein.

Datenschützerin könnte Einsatz stoppen

Gegenüber der NZZ sagte die ZHAW, die kantonale Datenschutzbeauftragte habe den Einsatz einer digitalen Fernprüfungsaufsicht gutgeheissen. Datenschützerin Dominika Blonski relativiert diese Aussage in der neusten NZZ-Ausgabe. Es hätten diese seien aber allgemeiner Natur gewesen. Man habe lediglich darüber diskutiert, welche Bedingungen beim Einsatz einer solchen Software erfüllt sein müssten. «Die Software Proctorio haben wir aber weder gutgeheissen noch freigegeben», wird Blonski in der NZZ zitiert.

Blonski stellt auch klar, dass die ZHAW nicht in jedem Fall verpflichtet sei, die Software vom Datenschutz prüfen zu lassen. Aufgrund der Kritik will die Datenschützerin das Programm nun aber unter die Lupe nehmen. Sollte sich der Einsatz von Proctorio als unverhältnismässig herausstellen, könnte sie ihn stoppen.

Patrick Gut